

DIE LINKE.

Herrn Kreistagsvorsitzenden
Andreas Güttler
Wilhelmshöher Allee 19 – 21
34117 Kassel

Vorab per Telefax



Kreistagsfraktion im Landkreis Kassel

Dr. Christian Knoche
Klaus Albrecht
Dr. Stephanie Knoche

Markt 4
34369 Hofgeismar
Telefon: 05671 - 5541
Telefax: 05671 -40278

Hofgeismar, den 06.11.2019

Antrag zur Kreistagssitzung im Dezember 2019
Ermittlung drohender Folgekosten nach Schließung der Klinik Wolfhagen

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss des Landkreises Kassel wird beauftragt, folgende voraussichtlichen Kosten zu ermitteln und dem Kreistag bekannt zu geben:

1. Im Falle der Schließung der Klinik Wolfhagen:

Folgekosten (einschließlich Personalkosten) für den Landkreis, für die Stadt Kassel und für die GNH.
Ermittlung der Finanzmittel, die ggf. aus dem Krankenhausstrukturfond zur Abwicklung der Kreisklinik Wolfhagen an die GNH fließen.

2. Im Falle der Beendigung des Notfallstandortes Wolfhagen:

Folgekosten (einschließlich Personalkosten) für die GNH an den Standorten Kassel und Hofgeismar.

3. Im Falle der Übernahme der Klinik Wolfhagen durch den Landkreis Kassel:

Kaufpreis einschließlich der voraussichtlichen Defizite pro Betriebsjahr.

4. Im Falle der Übernahme der Klinik Hofgeismar durch den Landkreis:

Kaufpreis einschließlich der voraussichtlichen Defizite pro Betriebsjahr.

Begründung:

Das Krankenhaus Wolfhagen soll nach dem Willen des Aufsichtsrates der GNH im Frühjahr 2020 geschlossen werden. Dagegen hat sich mittlerweile eine breite Bürgerbewegung gestellt. Weit über 6.000 Unterschriften sind in kurzer Zeit gegen die Schließung gesammelt worden (Stand 04.11.2019). Beschlüsse der Stadtverordneten in Wolfhagen und Naumburg gegen die Schließung sind einstimmig bzw. mit großer Mehrheit gefasst worden. In der Kreistagssitzung am 19.09.2019 wurde ein einstimmiger Beschluss gegen die Schließung des Krankenhauses Wolfhagen gefasst. Die Schließung der Klinik in Wolfhagen würde die Gesundheitsvorsorge auf dem Land weiter verschlechtern. Dem muss mit Nachdruck entgegengewirkt werden. Eine nur betriebswirtschaftliche Betrachtung der öffentlichen Gesundheitsversorgung verträgt sich nicht mit dem Versorgungsanspruch der Bevölkerung in Nordhessen bzw. im Wolfhager Land. Eine Ermittlung der drohenden Folgekosten ist gleichwohl unerlässlich, damit die Politik auf sicherer Grundlage handeln und entscheiden kann.

Dr. Christian Knoche
Kreistagsfraktion

DIE LINKE.

